

Das praktische Konzept für Gemeinwohl und Daseinsversorgung
von Willi Löhr, Gemeinde – und Kommunenpräventologe

GEMEINWOHL



Für die Einführung der „regionalen Daseinsversorgung“ als Gemeinschaftsaufgabe werden alte und neue Präventionsketten benötigt!

Im Quartier der Zukunft wird die Verantwortung für das Gemeinwohl bis 2030 sich vollkommen verändern. Unsere zukünftigen Generationen werden es weiter entwickeln und sich in der Nachhaltigkeit für die kommende Gesellschaft sich weiter engagieren!

Telefon: 0176 734 23 884
E-Mail: fensterzumnachbarn@web.de
Besuchen Sie unsere Website:
www.fensterzumnachbarn.de

Flüchtlingen nur eingeschränkt steuerbar ist. Vieles spricht dafür, dass Flüchtlinge tendenziell Mittel- und Großstädte bevorzugen. Tendenzen städtischer Segregation können jedoch in Konflikt mit Zielen sozialer Integration geraten. Setzt sich die aktuelle Entwicklung fort, so werden mittel- und großstädtische Regionen mit starkem Bevölkerungswachstum durch die Zuwanderung unter weiteren demografischen Druck geraten, während schrumpfende Regionen sich noch weiter „lichten“. Die Folge wäre eine weitere soziale und räumliche Polarisierung unserer Gesellschaft insgesamt.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Um das weitere Auseinanderdriften der Bundesrepublik zu verhindern und den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu gewährleisten, ist eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig. Dazu gehört nicht nur eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, sondern auch eine aktive Gestaltung der Daseinsvorsorge- und Infrastrukturpolitik.⁴ Denn vor allem die gleichwertigen Lebensverhältnisse entscheiden darüber, dass sich Flüchtlinge erstens nicht nur in Mittel- und Großstädten, sondern tendenziell überall niederlassen. Zweitens stellt eine Politik der gleichwertigen Lebensverhältnisse sicher, dass niemand ausgeschlossen wird oder sich ausgeschlossen fühlt: weder die alten noch die neuen Einwohnerinnen Deutschlands. So besteht auch keine Möglichkeit, einzelne Bevölkerungsgruppen in den Verteilungskonflikten sozial und politisch gegeneinander auszuspielen. In der aktuellen Situation wird vollkommen zu Recht auf den untrennbaren Zusammenhang von Demografie, Migration und Integration verwiesen.

Damit ist eine Infrastruktur- als Gesellschaftspolitik gemeint, die nicht nur die Flüchtlinge, sondern die gesamte Bundesrepublik umfasst, weil sie dem Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Gemeinden, Regionen, Ländern und Bund verpflichtet ist (Art. 72 Abs. 2 GG). Dieses Verfassungsprinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse verdeutlicht, dass soziale und physische Infrastrukturen und Daseinsvorsorge nicht nur die Voraussetzung für die freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit aller Einwohnerinnen bilden.

Vielmehr sind Daseinsvorsorge und Infrastrukturen auch für den flächendeckenden Zusammenhalt der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung. Auf diese Weise schaffen eine flächendeckende Daseinsvorsorge und Infrastrukturen nicht nur die Voraussetzung für die grundrechtliche Entfaltungsfreiheit der ganzen Bevölkerung, sondern sind Ausdruck des Demokratie- und Republikprinzips sowie des Bundes- und Sozialstaatsgrundsatzes (Art. 20 Abs.1, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG).

REGIONALE DASEINSVORSORGE

Um die Sicherung einer infrastrukturellen Grundausstattung auch zukünftig zu gewährleisten, ist es angezeigt, die regionale Daseinsvorsorge als eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. Dies ist notwendig, weil die regionale Daseinsvorsorge für den Zusammenhalt unserer gesamten Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt: Sie bildet den infrastrukturellen Vernetzungsraum des individuellen wie sozialen Lebens. Dies schließt die Aufgaben der Migrantinnen -Integration mit ein. Deshalb ist gerade die Gewährleistung der regionalen Daseinsvorsorge auch für den sozialen Zusammenhalt der Länder, des Bundes und auch der Europäischen Union von so elementarer Bedeutung. Aus diesem Grund können und müssen sich die Länder und der Bund in der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ engagieren.

Die Daseinsvorsorge umfasst alle Infrastrukturen und öffentliche Güter, auf die die Bürgerinnen für ihr individuelles wie gesellschaftliches Leben existenziell angewiesen sind. Welche Infrastrukturen zur Daseinsvorsorge gezählt werden, steht dabei nicht ein für alle Mal fest. Es kommt vor allem auf die soziale und technische Entwicklung an. Doch zum harten Kern der

Daseinsvorsorge gehören neben der Sicherheit vor allem Bildung und Gesundheit, Energie und Telekommunikation, Mobilität und Verkehr, Wasserversorgung und Abfallentsorgung.⁵

Ausbildung und biopsychosoziale Prävention in der Daseinsvorsorgung zu vermitteln!
Siehe sorgende Gemeinschaften, neues Leitbild im demografischen Wandel von Andrea Soboth
„Biografie des Wohnens und die Wirkung einer sorgenden Gemeinschaft“, Willi Löhr, Kommunenpräventologe

MINDESTMASS SOZIALER UND RÄUMLICHER INTEGRATION

Der Maßstab für die Bestimmung der Daseinsvorsorge hat sich gewandelt. Von den 1960er Jahren bis in die 1990er Jahre orientierte man sich an einem sehr anspruchsvollen Standard: Die Daseinsvorsorge sollte alle Lebensbereiche einschließlich des Konsums umfassen und dabei auf ein hohes wohlfahrtsstaatliches Niveau bezogen sein.

Doch diese Zeiten sind längst vorbei:
Demografischer Wandel, Schulden- und Finanzkrise,
Globalisierung und nun die Flüchtlings- und Migrationskrise setzen den Wohlfahrtsstaat unter Druck.
Die sozialen und ökonomischen Spannungen und Spaltungen im Quartier nehmen zu.

Unter diesen Bedingungen muss die Daseinsvorsorge nach wie vor die soziale Integration unserer Gesellschaft gewährleisten. Doch selbst das Bundesverfassungsgericht hat die Anforderungen an gleichwertige Lebensverhältnisse längst „nach unten korrigiert“: Der Gleichwertigkeitsgrundsatz ist nach der Auffassung der Karlsruher Richterinnen nur dann betroffen, „wenn sich die Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinander entwickelt haben oder sich eine derartige Entwicklung konkret abzeichnet“ (BVerfGE 106, 62, 144). Es geht also um ein Mindestmaß des sozialen Zusammenhalts, dass jedoch flächendeckend für alle Bürgerinnen im ganzen Bundesgebiet garantiert sein muss.⁶

Doch für eine Definition der Grundversorgung gilt: Daseinsvorsorge muss Kohäsion und Integration sichern (d. h. eine Struktur des gesellschaftlichen Zusammenhalts gewährleisten), Innovation ermöglichen (d. h. veränderungs- und anpassungsfähig sein), und sie sollte zudem soziale Ausgleichseffekte haben, ein „social equalizer“ (Angela Kallhof) sein. Mit einer reinen Politik des Minimums ist deshalb ein Mindestmaß an sozialer und territorialer Kohäsion gerade nicht sicherzustellen. Mindeststandards heißt eben nicht: Es geht gerade noch so! Glückt die Stärkung kommunaler Eigenverantwortung und bürgerschaftlicher Mitwirkung, die einem minimierten Angebot öffentlicher Daseinsvorsorge entgegenwirken und auf veränderte Ansprüche innovativ reagieren? Daseinsvorsorge wird auf diese Weise immer mehr zu einer vielgestaltigen Verantwortungsfrage. Welche Daseinsvorsorge brauchen wir? Wer finanziert sie und wer profitiert von ihren Infrastrukturen in besonderer Weise? Das ist gleichermaßen eine lokale, staatliche und europäische Frage. Leistungen der Daseinsvorsorge werden zum Gegenstand von Verteilungskonflikten.

**Der Bürger spürt diese soziale Unebenheiten und es führt zu Resignation mit Ängsten
oder zu neuen Wahlprogramme, die uns nicht immer diese Daseinsvorsorgung vermitteln!**
Willi Löhr, Kommunenpräventologe



Ich bedanke mich bei der Friedrich-Ebert-Gesellschaft, Bonn, die Herausgeber der Schriftenreihe, Wiso direkt , 16/2016 und der "Deutschen Landeskulturgesellschaft" Heft 13,Seite 29 – 34 mit Anette Soboth für die Unterstützung, die „Daseinsversorgung“ als Zukunftsorientierung für die Gesellschaft zu sehen!

Willi Löhr

Kommunenpräventologe

Mitglied in der DLGK

Quartierexperte für das Teilkonzept soziale Städte, gesunde Dörfer 2020, die WiederentdeckungzumNachbarn

Internetseite "Neu" ab 01.12.2016 www.WiederentdeckungzumNachbarn.org

Siehe auch www.FensterzumLeben.org (Startseite, Wohnen im Alter) plus Demographiezitate (7) im Google

Oberzissen, den 30.09.2016